

**Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament**

Dr. Werner Langen MdEP

Die Entwicklung der Europäischen Union seit 2009 ist im Wesentlichen durch drei Ereignisse geprägt worden: die Europawahl und den Wahlerfolg der Unionsparteien, das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Europa und die gemeinsame Währung.

Die Stärke der CDU/CSU-Gruppe als führende deutsche Kraft im Europäischen Parlament ist trotz Mandatsverlusten durch die Europawahlen erneut bestätigt worden.

Auf europäischer Ebene hat das Parlament weiter an Gewicht gewonnen, weil der neue Vertrag von Lissabon den Europaabgeordneten insgesamt mehr Einfluss gibt und in der Gesetzgebung das Mitentscheidungsverfahren von Parlament und Rat ausgeweitet wurde.

Gemeinsam mit der Bundeskanzlerin arbeiten wir dafür, dass Europa und der Euro sicherer aus der aktuellen Krise hervorgehen. Wir wollen auch weiterhin unseren Beitrag leisten, die Chancen der Globalisierung für die Menschen nutzbar zu machen und nicht nur denkbare Risiken zu beschwören.

Die CDU/CSU Gruppe ist im Europäischen Parlament hervorragend aufgestellt

CDU und CSU sind im Europäischen Parlament seit 1979 eine starke Kraft. Mit 42 von insgesamt 99 deutschen EP-Mandaten liegen die Unionsparteien deutlich vor der mit 23 Europaabgeordneten weit abgeschlagenen SPD und den anderen deutschen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler haben bestätigt, dass CDU und CSU die deutschen Europaparteien sind, auch wenn die Wahlbeteiligung auch diesmal zu wünschen übrig ließ.

Am Tag der Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments im Juli 2009 ging für Dr. Hans-Gert Pöttering eine erfolgreiche Amtszeit als EP-Präsident zu Ende. Beim Übergang der Amtsgeschäfte auf Jerzey Buzek, polnisches Mitglied unserer EVP-Fraktion und früherer polnischer Ministerpräsident, konnte er den Dank und Respekt des hohen Hauses für das Geleistete entgegennehmen. Dr. Pöttering ist der zweite Europapolitiker aus den Reihen der CDU an der Spitze des Europäischen Parlaments gewesen. Wir erinnern uns mit Hochachtung an den großen Europäer Dr. Egon Klepsch, der vor wenigen Wochen im Alter von 80 Jahren in Koblenz

verstorben ist. Seine Arbeit bleibt für uns Motivation und Auftrag zur Durchsetzung christdemokratischer Politik auf europäischer Ebene.

Die CDU/CSU-Gruppe hat auch in der neuen Legislaturperiode im Europäischen Parlament in vielfältiger Funktion Verantwortung übernommen. Im Parlamentspräsidium ist Rainer Wieland einer der Vize-Präsidenten und mit Doris Pack, Klaus-Heiner Lehne und Herbert Reul stehen drei erfahrene CDU-Abgeordnete an der Spitze einflussreicher Parlamentsausschüsse. Unsere Fraktion der Europäischen Volkspartei ist mit 265 Sitzen die mitgliederstärkste. Die CDU/CSU-Gruppe ist die größte nationale Delegation in der EVP-Fraktion und im gesamten Parlament. Wir stellen mit Manfred Weber von der CSU einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und außerdem sechs Fachsprecher der Fraktion, deren Aufgabe die Koordinierung der Sachpositionen der Gesamtfraktion ist. Als größte nationale Gruppe haben wir uns mit Erfolg für die Wiederwahl des Elsässers Joseph Daul als EVP-Fraktionschef eingesetzt, der mit einem überzeugenden Ergebnis von 98,7 Prozent in geheimer Wahl im Amt bestätigt wurde.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei insgesamt ist aus den letzten Europawahlen als Gewinner hervorgegangen. Wir konnten den Abstand zur Fraktion der europäischen Sozialisten (S&D) mit ihren jetzt nur noch 184 Mitgliedern weiter ausbauen. Im Lichte des gesamteuropäischen Wahlergebnisses war es daher folgerichtig, dass erneut ein Mitglied der EVP-Familie Kommissionspräsident wird. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe haben die Wiederwahl von José Manuel Barroso zum Präsidenten der Europäischen Kommission unterstützt - nicht ohne vorher inhaltliche Zugeständnisse erhalten zu haben. Die erfolgreiche Bestätigung Barrosos im Europäischen Parlament war zugleich eine Absage an die Verhinderungspolitik der Sozialdemokraten, die ihre eigene Niederlage und den Einbruch ihrer Fraktion bei den Europawahlen offenbar nur schwer verkraftet hatten.

Die CDU/CSU-Gruppe und die EVP-Fraktion haben dafür gesorgt, dass das Europäische Parlament seine Rechte bei der Bestimmung des neuen Kommissionspräsidenten offensiv wahrgenommen hat. Wir haben Präsident Barroso vor seiner Wiederwahl darauf festgelegt, der Konsolidierung der EU nach innen Vorrang gegenüber neuen Erweiterungen einzuräumen, die Beitrittsfähigkeit zur

Euro-Zone strikt an den Kriterien zu messen und keinesfalls politische Rabatte zu gewähren, Gesetzgebungsaktionismus und Bürokratieverliebtheit abzuschwören und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten insbesondere bei der Vollendung des Binnenmarkts zu achten. Wir werden die Politik der Kommission an diesen, uns durch ihren Präsidenten gegebenen Zusagen messen. Die Einlösung einer Reihe von Zusagen steht noch aus und wird von uns in den nächsten vier Jahren eingefordert werden.

Ein wichtiger Erfolg für die Weiterentwicklung der demokratischen Volksvertretung auf europäischer Ebene ist es, dass das Parlament die Kommission verbindlich darauf verpflichtet hat, seine mit qualifizierter Mehrheit vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen künftig in einem engeren zeitlichen Rahmen aufzugreifen. Nach der Vereinbarung muss der zuständige Kommissar binnen drei Monaten reagieren und die Kommission spätestens ein Jahr nach der Parlamentsinitiative entweder einen Gesetzentwurf vorlegen oder Rechenschaft darüber ablegen, warum dies nicht möglich ist. Wir haben damit dafür gesorgt, dass es künftig keine Fälle mehr geben darf wie den des ehemaligen irischen Binnenmarktkommissars McCreevy, der sich jahrelang Parlamentsforderungen nach Reformvorschlägen für eine EU-Finanzaufsicht widersetzte und ein Gesetzespaket erst unter dem massiven Druck der Finanzkrise vorlegte. Wir haben das entsprechende Rahmenabkommen mit der Europäischen Kommission am 9. Februar 2010 beschlossen, direkt vor der Bestätigung der neuen Kommission unter der Führung von Präsident Barroso durch das Europäische Parlament.

Der neue deutsche EU-Kommissar für Energie und frühere baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger ist zweifelsfrei ein Aktivposten der EU-Kommission. Mit ihm ist ein glaubwürdiger Politiker und erfahrener „Subsidiaritätsexperte“ in das Kommissarskollegium eingezogen, der seine Sachkenntnis bereits bei seiner Präsentation anlässlich der Parlamentsanhörung unter Beweis gestellt hat und nun in seinem Kompetenzbereich europäische Energiepolitik gestaltet.

Kurz nach Amtsantritt von Kommissar Oettinger ist die Zuständigkeit seines Ressorts um die Energieaußenbeziehungen und der Sicherung der Energieversorgung

ausgeweitet worden. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt dies. Wir hatten stets einen der Bedeutung Deutschlands für die EU angemessenen Handlungs- und Gestaltungsspielraum eingefordert.

Neue Parlamentsrechte in Vertrag und Verfassungswirklichkeit durchgesetzt

Mit dem Vertrag von Lissabon ist eine möglichst erfolgreiche parlamentarische Vertretung unserer politischen Überzeugungen für die Durchsetzung der bestmöglichen EU-Politik noch wichtiger geworden. Die neue Rechtsgrundlage macht die Europäische Union insgesamt handlungs- und damit zukunftsfähiger. Sie stärkt das Europäische Parlament. Es gestaltet und verantwortet politische Entscheidungen jetzt auf „gleicher Augenhöhe“ mit Ministerrat und Kommission. Diese Weiterentwicklung verbessert die von selbsternannten Experten bezweifelte demokratische Legitimation europäischer Rechtsetzung maßgeblich.

Bleibende Verdienste erwarb sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, als der abgelehnte Verfassungsvertrag 2007 unter Regie der deutschen Ratspräsidentschaft zum Lissaboner Vertrag weiterentwickelt wurde, dem dann 2009 auch das irische Volk, Polen und Tschechien zustimmten. Auf dieser letzten Wegstrecke der Ratifizierung war der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 nicht nur die entscheidende Voraussetzung für den Verfahrensabschluss in Deutschland, sondern auch ein überzeugendes Signal für zögernde EU-Partner. Die CDU/CSU-Gruppe hat die verschiedenen Entwicklungsschritte von parlamentarischer Seite flankiert. Wir können heute feststellen, dass unsere inhaltlichen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt werden konnten.

Nach dem Inkrafttreten des Vertragswerks am 1. Dezember 2009 haben sich die drei Institutionen der EU Rat, Kommission und Parlament langsam an das neue Machtgefüge gewöhnt. Der frühere belgische Ministerpräsident Herman Van Rompuy ist erster Präsident des Europäischen Rates, die ehemalige EU-Handelskommissarin Lady Catharine Ashton Hohe Vertreterin der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Die beiden neuen Spitzenvertreter der Europäischen Union werden ihr jeweiliges neues

Amt jetzt prägen. Wir erwarten ein Verhältnis produktiver Verzahnung aller Verantwortungsebenen mit Mehrwert für Europa.

Die erste große Herausforderung für Lady Ashton ist die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der aufgrund des Vertrages von Lissabon gegründet wird. Das Europäische Parlament hat den Weg dafür am 20. Oktober 2010 frei gemacht: Der EAD wird seine Arbeit am 1. Dezember 2010 – also in wenigen Wochen – aufnehmen können. Er soll Europa zu einer einheitlicheren Interessenvertretung rund um den Globus verhelfen.

Die Konzentration der europäischen Außenpolitik beim EAD bedeutet, dass Kommission und Rat keine gegenläufige „Nebenaußenpolitik“ betreiben sollten. Wir hoffen, gemeinsam mit „Außenministerin“ Ashton die Rolle der EU auf internationaler Ebene stärken zu können.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt entschlossen die Rechte des Parlaments nach dem Lissaboner Vertrag durch. Rat und Kommission haben am 30. November 2009 nur wenige Stunden vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch schnell das Datenaustausch-Abkommen SWIFT mit den USA unterzeichnet, obwohl unsere Bedenken bestens bekannt waren und das EP ab dem 1. Dezember 2009 in der Sache mit zuständig wurde. Das Angebot der Ratspräsidentschaft an das Parlament, das Abkommen bei Gelegenheit per nachholendem Parlamentsbeschluss „abnicken“ zu können, war deshalb unannehmbar. Wir haben unsere neuen Kompetenzen stattdessen zur Verbesserung der Bürgerrechte und des Datenschutzes genutzt.

Nach Verhandlungen mit Rat und Kommission konnte das Europäische Parlament ein neues SWIFT-Abkommen mit deutlich höheren Datenschutzerfordernungen verabschieden. Die EU wird mittelfristig ein eigenes System zur Auswertung von Finanztransaktionsdaten für den Anti-Terrorkampf aufbauen. Mit den Entscheidungen zum SWIFT-Abkommen haben wir klar gemacht, dass das Parlament seine Rechte wahrnehmen wird - nicht aus Rechthaberei, sondern im Sinne der europäischen Bürger und ihrer Rechte. Den USA haben wir überzeugend dargelegt, dass eine enge transatlantische Partnerschaft im Anti-Terrorkampf auch für uns sehr wichtig bleibt.

Die Soziale Marktwirtschaft auch auf die Finanzmärkte anwenden

Selten ist so offenkundig geworden, dass in Zeiten globaler Herausforderungen gemeinsames internationales Handeln unverzichtbar ist, wie in der seit 2007 anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Höhepunkt der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers Mitte September 2008 war. In Europa zeigte sich in der anschließenden Finanzmarktkrise sehr früh, dass einige EU-Mitgliedstaaten erheblich über ihre Verhältnisse gelebt und die Verschuldung in die Höhe getrieben haben. Als die Wirtschaftstätigkeit durch den nachhaltigen Vertrauensverlust immer stärker erlahmte und milliardenschwere Konjunkturprogramme verabschiedet waren, rückten die defizitären Staatshaushalte in den Fokus der Finanzmärkte.

Die kontinuierliche Anhäufung von Staatsschulden unter Ausnutzung des niedrigen Zinsniveaus in der Eurozone, die Aufweichung der Euro-Stabilitätskriterien unter Federführung des „rot-grünen“ Finanzministers Hans Eichel mit Unterstützung Frankreichs, Griechenlands und Luxemburgs, der Verzicht auf eine konsequente Anwendung des Sanktionsmechanismus und die unabhängige Kontrolle der mitgliedstaatlichen Haushalts- und Wirtschaftsdaten durch Eurostat rächten sich schnell. Wegen seiner hohen Verschuldung geriet Griechenland in erhebliche Bedrängnis. Es war völlig richtig, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel trotz erheblicher Widerstände die Rettung Griechenlands an die Voraussetzungen eines umfangreichen und harten Sanierungsprogramms und die Beteiligung des IWF knüpfte.

Das Finanzstabilisierungspaket für Griechenland ist Teil des so genannten Eurorettungsschirms. Den anderen Teil bildet ein zweites Paket mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 750 Milliarden Euro, das am 9. Mai 2010, dem 60-jährigen Jubiläum der Schumann-Erklärung, beschlossen wurde. Es soll spekulativen Verwerfungen entgegenwirken und Ansteckungseffekte für den gesamten Euroraum vermeiden. Diese Maßnahme hat die Märkte zumindest vorübergehend beruhigt. Strikte Sparauflagen nicht nur für Griechenland, sondern auch beispielsweise für Spanien, Irland und Großbritannien haben zur Versachlichung beigetragen. Es

konnte zusätzliche Zeit zur Sanierung vieler Haushalte der Mitgliedstaaten insbesondere der Eurozone gewonnen werden.

Die umfangreichen Konjunkturprogramme gegen die Wirtschaftskrise haben die Neuverschuldung der 27 EU-Mitgliedstaaten um durchschnittlich fünf Prozent über die Maastrichtobergrenze von drei Prozent anwachsen lassen. Die gegenwärtige Konjunkturerholung kann daher keinesfalls neue Ausgabenprogramme rechtfertigen. Der Bundesregierung ist uneingeschränkt zuzustimmen, dass die konsequente Konsolidierung der Staatshaushalte das Gebot der Stunde ist. Es geht darum, in ganz Europa eine weiterentwickelte Stabilitätskultur auf der Basis solider Finanzen zu etablieren.

Für uns ist klar, dass es diese neue Stabilität ohne mehr Verbindlichkeit nicht geben wird. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt deshalb die Vorschläge von Kommissar Olli Rehn, quasi-automatische Sanktionen gegen Defizitsünder einzuführen. Über die Fraktionsgrenzen hinweg herrscht im EP die Auffassung, dass die objektive Beurteilung durch die Kommission den politischen Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten soweit wie möglich zurückdrängen muss. So könnte endlich die notwendige Haushaltsdisziplin für einen langfristig stabilen Euro erreicht werden.

Auf dem jüngsten Brüsseler Gipfel im Oktober hat Bundeskanzlerin Dr. Merkel einen vollen Erfolg verbuchen können, trotz massiver Widerstände aus einzelnen Mitgliedstaaten am deutsch-französischen Vorschlag der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Die Währungskrise hat Europa auf eine große Bewährungsprobe gestellt. Sie ist noch nicht bestanden. Der Eurorettungsschirm war allenfalls durch die akute Notsituation gerechtfertigt. Er muss in eine Folgeregelung münden, ohne dass aus der Währungsunion eine dauerhafte Transferunion werden darf. Die CDU/CSU-Gruppe spricht sich wie die Bundesregierung für eine Art „Insolvenzordnung für Staatsanleihen“ aus, die eine Beteiligung der Gläubiger bei Forderungsausfall beinhalten muss. Wir brauchen eine entsprechende Vertragsänderung von Artikel 7 und Artikel 122, damit künftige Hilfsmaßnahmen auf rechtlich sicherer Vertragsbasis stehen.

Der jüngste Versuch von Marktteilnehmern, der Bundesregierung wegen ihrer konsequenten Haltung die Schuld an wieder steigenden Zinsen für Griechenland, Irland oder Portugal in die Schuhe zu schieben, muss als untauglicher Beitrag zur Aufweichung der Gipfelbeschlüsse entschieden zurückgewiesen werden.

Trotz der Verschuldungsdebatte ist und bleibt der Euro ein großer Erfolg, weil er nach innen und nach außen stabil ist

Eine wichtige Konsequenz aus der Krise ist die bessere Regulierung der Finanzmärkte. Die Festschreibung von strengeren Regeln für Hedgefonds, die Einführung einer europäischen Finanzaufsicht, der auch die Ratingagenturen unterstellt sind, und die Verbesserung der Eigenkapitalvorschriften sind wichtige Schritte. An einer sachgerechten Regelung der Derivatmärkte wird gegenwärtig gearbeitet. Beraten wird auch ein einheitliches Verbot von Leerverkäufen, die Einführung einer Bankenabgabe und die Besteuerung der Finanzmarkttransaktionen mindestens in Europa. Das Europäische Parlament hat 2009 einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise gebildet, der sich in seinem Zwischenbericht neben strengeren Stabilitätspaktvorschriften für eine Finanzmarkttransaktionssteuer und eine EU-eigene Ratingagentur ausgesprochen hat.

So, wie die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland seit Jahrzehnten Freiheit und Verantwortung verbindet, brauchen wir ihre Durchsetzung auch in der Finanzwirtschaft, um Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Risikobeschränkung und Verantwortung sowie Beschäftigung und Wohlstand für alle zu sichern.

Gemeinsames Engagement für die Zukunft Europas

Die Attraktivität der Europäischen Union als Europas Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung ist ungebrochen. Erfordert das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon für die EU eine Phase der Implementierung und Konsolidierung, so wird die gemeinsame Währung und die Offenlegung der Umsetzungsmängel des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Finanzmarktkrise eine Vertiefung der europäischen Integration erzwingen. **Die Vertiefung wird daher**

Vorrang vor weiterer Erweiterung haben müssen. Die Vorarbeiten für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2013 und die dann notwendigen Reformen in der europäischen Agrar- und Regionalpolitik laufen bereits. Die europäischen Klimaschutz- und Energieversorgungskonzepte sowie die Strategie EU 2020 zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung fordern neue Schwerpunkte. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wirkt im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten daran mit, dass die Europäische Union den an sie gerichteten Anforderungen in bester Weise gerecht wird.

Die 42 Europaabgeordneten von CDU und CSU wollen Europa voranbringen und in den Köpfen und Herzen der Menschen wieder stärker verankern. Deshalb pflegen wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – sei es vor Ort in den Wahlregionen oder auch in Straßburg und Brüssel. Dort konnte sich auch in den vergangenen zwei Jahren wieder eine große Zahl von Besuchern einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeit des Europäischen Parlaments verschaffen. Noch zu wenige Menschen erreichen wir durch unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, weil es nach wie vor keine „europäische Öffentlichkeit“ gibt, sondern nur die nationale Behandlung und Bewertung europäischer Themen.

Die CDU/CSU-Gruppe und unsere Berichterstatter im Mitentscheidungsverfahren setzen auf gegenseitige Information und enge inhaltliche Zusammenarbeit mit der unionsgeführten Bundesregierung, der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, den Europaministern und Staatssekretären der unionsgeführten Bundesländer, den Fraktionsvorsitzenden der Union aus Bund und Ländern sowie den europapolitischen Sprechern in den Landtagsfraktionen der Union. Der Austausch mit der Bundesregierung, den Ministerpräsidenten, den Parteivorsitzenden von CDU und CSU sowie den in den EU-Ministerräten wirkenden Vertretern Deutschlands ist für die europäische Gesetzgebungsarbeit fruchtbar und kann noch weiter intensiviert werden, insbesondere wenn es unterschiedliche Meinungen in Sachfragen gibt. Dabei ist insbesondere die sachgerechte Wahrnehmung der neuen Mitwirkungsrechte des Bundestages und des Bundesrates wichtig für die angemessene Durchsetzung deutscher Interessen in einem fortschreitenden Europa.

Als CDU/CSU-Abgeordnete setzen wir uns aber auch in der Europäischen Volkspartei für inhaltliche Abstimmung und möglichst große Geschlossenheit ein, damit wir eine gute Europapolitik durchsetzen können. Wir laden Sie alle zum Dialog über die Zukunft der Europäischen Union ein und bitten Sie herzlich, sich mit Leidenschaft und Verstand für die europäische Idee zu engagieren. Das gemeinsame Europa ist mehr als ein politisches Projekt. Es ist und bleibt die Basis für Freiheit, Frieden und Wohlstand.